

23.11.95

Antrag

des Landes Schleswig-Holstein

zur

Entschließung des Bundesrates "Forderungen der Länder zur
Regierungskonferenz 1996"

- Antrag der Länder Bayern, Berlin und Rheinland-Pfalz -

Punkt 48 der 691. Sitzung des Bundesrates am 24. November 1995

Der Bundesrat möge beschließen:

Teil A I Ziffer 1 ist wie folgt zu fassen:

1. Subsidiaritätsprinzip

Das Subsidiaritätsprinzip muß klarer als bisher formuliert werden, um eine wirksame und einheitliche Durchsetzung dieses wesentlichen Prinzips zu gewährleisten. Art. 3 b Absatz 2 sollte daher wie folgt lauten:

"In den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, wird die Gemeinschaft nach dem Subsidiaritätsprinzip nur tätig, sofern und soweit die in Betracht gezogenen Maßnahmen auf der Ebene der Mitgliedstaaten oder der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften, die nach dem internen Recht der Mitgliedstaaten über eine Zuständigkeit verfügen, nicht ausreichend erreicht werden können. Eine weitere Voraussetzung für ein Tätigwerden der Gemeinschaft ist, daß die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen besser auf Gemeinschaftsebene erreicht werden können."

Ausgeliefert am 23. NOV. 1995